

Antrag

der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Dr. Peter Paziorek, Dr. Friedbert Pflüger, Peter Hintze, Peter Altmaier, Veronika Bellmann, Dr. Christoph Bergner, Dr. Rolf Bietmann, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Cajus Caesar, Alexander Dobrindt, Marie-Luise Dött, Dr. Maria Flachsbarth, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Dr. Michael Fuchs, Roland Gewalt, Georg Girisch, Dr. Reinhard Göhner, Tanja Gönner, Josef Göppel, Michael Grosse-Brömer, Karl-Theodor von und zu Guttenberg, Olav Gutting, Klaus-Jürgen Hedrich, Ursula Heinen, Michael Hennrich, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Klaus Hofbauer, Michael Kretschmer, Gunther Krichbaum, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Karl-Josef Laumann, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Patricia Lips, Wolfgang Meckelburg, Friedrich Merz, Doris Meyer (Tapfheim), Laurenz Meyer (Hamm), Dr. Gerd Müller, Claudia Nolte, Dr. Georg Nüßlein, Franz Obermeier, Ulrich Petzold, Dr. Joachim Pfeiffer, Ruprecht Polenz, Thomas Rachel, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Dr. Klaus Rose, Albert Rupprecht (Weiden), Dr. Wolfgang Schäuble, Hartmut Schauerte, Bernd Schmidbauer, Dr. Andreas Schockenhoff, Thomas Silberhorn, Johannes Singhammer, Max Straubinger, Michael Stübgen, Annette Widmann-Mauz, Matthias Wissmann, Werner Wittlich, Dagmar Wöhl und der Fraktion der CDU/CSU

Rußland für eine Ratifizierung des Kyoto-Protokolls gewinnen – Im Interesse des internationalen Klimaschutzes und eines Erfolges des Emissionshandels

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In Fortsetzung der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro im Jahr 1992 haben sich die führenden Industriestaaten 1997 in Kyoto verpflichtet, den Ausstoß der sechs wichtigsten Treibhausgase während des „Verpflichtungszeitraums“ von 2008 bis 2012 um mindestens 5,2 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Das Kyoto-Protokoll legt damit als erstes internationales Abkommen völkerrechtlich verbindliche Emissionsziele für die Industriestaaten fest und sieht mit dem Emissionshandel, Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) Instrumente vor, die eine kostengünstige und flexible Umsetzung ermöglichen.

Bedingung für das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls ist, dass es von mindestens 55 Staaten ratifiziert wird, die zusammen für mindestens 55 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind. Bisher haben 111 Staaten das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Die bisherigen Unterzeichner stehen allerdings nur für 44 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Da die USA, die 1997 für gut

ein Drittel der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich waren, die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls ablehnen, kommt Russland mit einem Anteil von 17,4 Prozent am weltweiten CO₂-Ausstoß für das Inkrafttreten des Abkommens eine Schlüsselrolle zu.

Ohne eine Ratifizierung Russlands kann das Kyoto-Protokoll nicht in Kraft treten. Dadurch würden die nationalen Klimaschutzverpflichtungen der Unterzeichnerstaaten des Kyoto-Protokolls zum Nachteil des internationalen Klimaschutzes nicht völkerrechtlich verbindlich und gar wieder zur Disposition gestellt.

Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, die unter anderem auch mit Hilfe des Instruments Emissionshandel umgesetzt werden kann. Für den 2005 beginnenden europäischen Emissionshandel würde eine Nicht-Ratifizierung Russlands jedoch bedeuten, dass die Klimaschutzverpflichtungen, die der Zuteilung von Emissionsrechten zugrunde liegen, mit höheren Wettbewerbsrisiken für europäische und deutsche Unternehmen verbunden wären. Die Möglichkeiten, die ökonomisch effizienten und umwelt- wie entwicklungspolitisch sinnvollen Instrumente Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) einzusetzen wären hinfällig. Als Folge sind deutlich höhere volkswirtschaftliche Kosten beim Klimaschutz und damit Wettbewerbsnachteile zu Lasten der vom Emissionshandel betroffenen Unternehmen zu befürchten. Darüber hinaus würde sich die Verknüpfung mit anderen Treibhausgas-Handelssystemen wesentlich schwieriger gestalten. Ein eigenständiges EU-System dürfte nur schlecht mit anderen, parallel entwickelten Systemen kombinierbar sein.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich in seinen zahlreichen Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bis heute nicht ausreichend für eine Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland engagiert. Die Europäische Union und Deutschland, die sich den internationalen Klimaschutzziele verpflichtet fühlen, sind insofern dringend zum Handeln gefordert. Die Bundesregierung muss endlich damit beginnen, aktiv bei der russischen Regierung für eine Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu werben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich bilateral, als Mitglied der Europäischen Union und im Rahmen der Vereinten Nationen nachdrücklich dafür einzusetzen, dass Russland das Kyoto-Protokoll umgehend ratifiziert;
2. umfassend und detailliert aufzuzeigen, welche konkreten Vorteile Russland von einer Ratifizierung des Kyoto-Protokolls hat;
3. dem Deutschen Bundestag umgehend einen ausführlichen Bericht vorzulegen, der mit Blick auf den bevorstehenden Emissionshandel die Folgen einer Nicht-Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland für die Europäische Union und für Deutschland unter rechtlichen und ökonomischen Aspekten analysiert und denkbare Alternativen aufzeigt;
4. dem Deutschen Bundestag schnellstmöglich einen ausführlichen Bericht vorzulegen, der die Folgen einer Nicht-Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland für die internationale Klimaschutzpolitik analysiert und denkbare Alternativen aufzeigt.

Berlin, den 5. Dezember 2003

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion